

Andreas Bovenschulte  
Alexanderstraße 36  
28203 Bremen



Bremen, den 09.04.2010

Liebe Genossinnen und Genossen,

das schlechte Abschneiden der SPD bei der zurückliegenden Bundestagswahl hat gezeigt, dass viele Menschen das Vertrauen zu uns verloren haben. Wir müssen jetzt gemeinsam dafür kämpfen, dieses Vertrauen zurück zu gewinnen. Der Kern unserer Politik ist die soziale Gerechtigkeit. Wir streiten für eine Gesellschaft, in der Gerechtigkeit, Respekt und Solidarität die Grundlage des Miteinanders bilden. Das muss auch in unserem Handeln immer der Maßstab sein.

Wir haben das Vertrauen der Menschen verloren, weil wir uns in unserem praktischen Regierungshandeln in Berlin zu stark von unseren eigenen Grundsätzen entfernt haben. Zehn Millionen Wählerinnen und Wähler haben sich deshalb bundesweit von uns abgewandt. Als SPD in Bremen und Bremerhaven haben wir sehr frühzeitig versucht, uns gegen diesen Kurs zu stellen. Von unserer Position zur Reformierung der Hartz-Gesetze über die Ablehnung der Bahnprivatisierung und die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns bis hin zur Entwicklung eigener Vorstellungen zur Rentenpolitik haben wir Flagge gezeigt. Zudem hat die rot-grüne Koalition mit Jens Böhrnsen an der Spitze eine erfolgreiche Politik für mehr sozialen Zusammenhalt und gute Arbeitsplätze gemacht.

Trotzdem sind auch wir Teil des notwendigen Erneuerungsprozesses der Sozialdemokratie in Deutschland. Was können wir in Bremen und Bremerhaven tun?

- Die SPD ist eine Mitglieder- und Programmpartei, sie lebt von ihren Mitgliedern. Deshalb müssen wir die Parteibasis stärker in die Willensbildung einbeziehen. Das gilt insbesondere auch für unsere zahlreichen Neumitglieder.
- Die SPD muss neben Senat und Bürgerschaftsfraktion wieder eine eigenständigere Rolle spielen. Als Partei dürfen wir uns nicht im tagespolitischen Klein-Klein verlieren. Wir müssen sozialdemokratische Antworten entwickeln auf die großen Zukunftsfragen Bremens und Bremerhavens.
- Und die SPD darf nicht im eigenen Saft schmoren. Wir müssen wieder intensiver mit den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen ins Gespräch kommen.

Ich möchte mich dafür einsetzen, dass wir unsere erfolgreiche Regierungsarbeit für Bremen und Bremerhaven fortführen können. Dafür brauchen wir eine starke SPD mit klarem inhaltlichem Profil. Wir müssen nach unserem Landesparteitag zügig beginnen, an unserem Wahlprogramm 2011 – 2015 zu arbeiten. Das Programm sollte auf

der Grundlage einer breiten innerparteilichen Diskussion unter Einbeziehung gesellschaftlicher Gruppen und interessierter Bürgerinnen und Bürger entwickelt werden. Gleichzeitig sind selbstverständlich die organisatorischen und finanziellen Grundlagen für einen erfolgreichen Wahlkampf zu schaffen. Und wir müssen die Grundfragen der bremischen Politik stärker bearbeiten. Ein mögliches Instrument hierzu wäre die Durchführung eines Zukunftskongresses noch im Herbst diesen Jahres.

Gestattet mir noch ein paar Worte zu meiner Person. Ich bin 44 Jahre alt, bin verheiratet und habe zwei Töchter im Alter von 6 und 10 Jahren. Als Jurist habe ich nach meiner Ausbildung zunächst bei „bremen online services“ und dann im Justizressort gearbeitet, bevor ich im Jahr 2007 Erster Gemeinderat, d.h. stellvertretender Verwaltungschef, der Gemeinde Weyhe wurde. Ich halte es für einen Vorteil, nicht für einen Nachteil, dass ich als Bremer auch die Sorgen und Nöte der Umlandgemeinden kenne. Denn ich bin davon überzeugt: Das Umland profitiert von einem starken Bremen und Bremen profitiert von einem starken Umland. Entsprechendes gilt für das Verhältnis von Bremerhaven zu seinen Umlandgemeinden.

Liebe Genossinnen und Genossen,

mein Ortsverein hat mich in seiner Mitgliederversammlung am 7. April als Kandidat für den Landesvorsitz nominiert. Inhaltliche Grundlage meiner Kandidatur sind die vom Ortsverein beschlossenen „10 Thesen zur Erneuerung der SPD“, die ich in der Anlage beigelegt habe. Ich bin seit 25 Jahren Mitglied der SPD, und mir liegt die Zukunft meiner Partei in Bremen und Bremerhaven sehr am Herzen. Bislang war ich überwiegend in meinem Ortsverein aktiv. Ich kann nicht auf eine langjährige Mitgliedschaft im Landesvorstand verweisen, das stimmt. Ich glaube aber, die SPD ist darauf angewiesen, dass auch neue Leute bereit sind, politische Verantwortung für die Gesamtpartei zu übernehmen.

Ich möchte mit meinen Inhalten und meinen Überzeugungen mithelfen, dass die SPD die führende Kraft in Bremen und Bremerhaven bleibt. Ich bin sicher, dazu braucht es eine lebhaft, eigenständige und von ihren Mitgliedern getragene Sozialdemokratie. Deshalb habe ich mich entschlossen, für das Amt des Landesvorsitzenden zu kandidieren.

Dafür bitte ich euch herzlich um eure Unterstützung.

Euer

Handwritten signature in blue ink, reading "Andreas Fowensell".

# 10 Thesen zur Erneuerung der SPD im Lande Bremen

## I. Wo wir stehen

1. Die SPD hat in den letzten Jahren dramatisch an Wählerstimmen und an Vertrauen bei den Bürgerinnen und Bürgern verloren - im Bund, aber auch in Bremen und Bremerhaven. Wir müssen deshalb jetzt die Kraft unserer aktiven Mitgliedschaft und die Energie unserer zahlreichen Neumitglieder zu einem Ruck nach vorne bündeln: Um als **Volkspartei** unsere soziale Basis wieder zu erweitern, müssen wir uns stärker für aktuelle gesellschaftliche Probleme öffnen. Wir müssen den Menschen mehr Möglichkeiten der politischen Mitwirkung bieten, mit Verstand und Leidenschaft für unsere Ziele kämpfen und wieder mehr Demokratie wagen - innerhalb und außerhalb unserer Partei.
2. Seit 1945 ist die SPD maßgebliche Partei in Bremen und Bremerhaven. Diesen Anspruch wollen wir neu untermauern. Im Unterschied zu anderen Parteien haben wir immer für eine **Politik für das ganze Land** gestanden, die sich nicht zur Dienerin mächtiger Sonderinteressen macht, sondern allen Menschen die Möglichkeit eines "guten Lebens" eröffnen will - insbesondere auch denen, die mit schwierigen wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen zu kämpfen haben. Der Bogen lässt sich von Wilhelm Kaisens „Bündnis von Arbeiterschaft und Kaufmannschaft“ bis zu Jens Böhrnsens "Politik des sozialen Zusammenhalts" spannen. In den letzten Jahren haben wir, um nur einige Beispiele zu nennen, für benachteiligte Stadtteile das Programm Wohnen in Nachbarschaften (WIN) durchgesetzt, Tariflöhne zur Grundlage öffentlicher Aufträgen gemacht und Bremen-Tenever sowie Bremerhaven-Grünhöfe mit vielfältigen Initiativen vor dem sozialen Absturz bewahrt. Arbeit statt Sozialhilfe ist eine Bremer Tradition. Da war es nur folgerichtig, dass ein gesetzlicher Mindestlohn schon im Bürgerschaftswahlkampf 2007 eines unserer zentralen Anliegen war, während die Bundes-SPD noch über die Sinnhaftigkeit dieser Forderung stritt. Seit gut zwei Jahren haben wir nun eine rot-grüne Koalition - die einzige in der Republik. Diese Koalition stellt den **sozialen Zusammenhalt** in den Mittelpunkt ihrer Politik und nicht, wie Schwarz-Gelb im Bund, die Förderung von **Klientelinteressen**. Wir werden in den nächsten Monaten aktiv für unsere Politik werben und damit unsere Stärke und Ausstrahlungskraft in beiden Städten erneuern. Die Schwäche und Leere der Politik der CDU wird dann noch deutlicher werden, denn die Vorschläge der Bremer CDU sind des selben Geistes Kind wie die Politik der Rechts-Koalition in Berlin: Sie reden von Freiheit und meinen doch bloß Gewerbefreiheit. Sie reden von Bürokratieabbau und wollen die Abschaffung eines handlungsfähigen Sozialstaates.

## II. Unsere Ziele

3. Wengleich die Bremer SPD insgesamt kritisch und eher ablehnend zu den Arbeitsmarktreformen der Rot-Grünen Bundesregierung gestanden und auch der Senat immer wieder Bundesratsinitiativen zur Korrektur bestimmter Folgen der Reform eingebracht hat (zum Beispiel zum Regelsatz für Kinder im Sozialgesetzbuch oder zur Einschränkung der Leiharbeit), haben wir die Hartz-Gesetze der Agenda 2010 doch letztlich so wie sie waren passieren lassen. Dies war - wie wir rückblickend feststellen müssen - ein Fehler. Es ist deshalb nicht nur eine Herausforderung sondern auch eine Chance für die SPD, wenn das Bundesverfassungsgericht auf das Grundrecht eines **menschenwürdigen Existenzminimums** (das auch für Asylbewerberinnen und Asylbewerber und lediglich geduldete Migrantinnen und Migranten gelten muss) pocht. Wir müssen eine **Revision der Arbeitsmarkt- und Sozialgesetzgebung** und eine **gerechtere Verteilung von Vermögen und Einkommen** erreichen. Wir benötigen auch eine **leistungsfähige öffentliche Infrastruktur**, insbesondere in den Bereichen Bildung, Wohnen, Mobilität und kulturelle Teilhabe. Leitlinie muss für uns dabei sein, den Sozialstaat armutsfest zu machen und allen Menschen eine gute Lebensperspektive zu eröffnen. Der SPD-Präsidiumsbeschluss „Fairness auf dem Arbeitsmarkt“ ist hierfür ein wichtiger Schritt, auch wenn er noch keine Aussagen zur Erhöhung der Regelsätze und zur Wiederherstellung des Zumutbarkeitsschutzes enthält.

Um das in der Tat verletzte Lohnabstandsgebot wieder herzustellen, brauchen wir nicht eine weitere Absenkung von Arbeitslosengeld und Grundsicherung, sondern eine deutliche Lohnsteigerung in den unteren Einkommensgruppen. Die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns ist dringlicher denn je. Umsteuern müssen wir auch im Bereich der Alterssicherung, damit die gesetzliche Rente ihre Funktion der Lebensstandardsicherung wieder erfüllen kann. Wichtig ist, den Eintritt in den Ruhestand besser abzusichern, um Altersarmut zu verhindern. Das generelle Herausschieben des Rentenalters auf 67 muss sozial korrigiert werden.

4. Unsere Politik für den sozialen Zusammenhalt erfordert eine hierzu passende Bildungspolitik: **Wir setzen uns für qualifizierte Bildung und Ausbildung für alle Menschen ein.** Lebenslanges Lernen ist dabei für die SPD ein zentrales Thema. Diejenigen, die Förderung brauchen, müssen sie bekommen - unabhängig von Herkunft und Geldbeutel. Flächendeckende Ganztagschulen sind hierfür die beste Grundlage. Starke Schulen müssen in die Lage versetzt werden, auch unter schwierigen Umständen offensiv in ihren Stadtteil hineinzuwirken. Die Einbeziehung von Migrantinnen und Migranten in das Bildungssystem muss weiter verbessert werden. Mit der Schulreform sind wir auf einem guten Weg. Ihre Erfolge müssen noch selbstbewusster in die Öffentlichkeit kommuniziert werden. Unser langfristiges Ziel ist es, dass Bildung in Deutschland von der Krippe bis zur Hochschule gebührenfrei ist. Dafür brauchen wir eine bundesweite politische Initiative!
5. Die **Arbeitslosigkeit steigt** im Jahr 2010 wieder. Die Ursachen hierfür muss die SPD deutlich benennen: Regelloser Spekulations- und Finanzkapitalismus, unkoordinierte Globalisierung mit mächtigen Handelsungleichgewichten auf allen Seiten und eine Einkommensentwicklung, die nachhaltiger und ausgleichender Binnenmarktentwicklung den Boden unter den Füßen entzieht. Diese Entwicklungen gelten nicht nur

global, sie gelten auch für Bremen. Gerade die Häfen zeigen, wie auch ein Globalisierungserfolg in Stagnation und Krise übergehen kann, wie durch den Verkauf bremischer Firmen an internationale Konzerne Reichtum weniger und Abhängigkeit vieler geschaffen wird, und wie nur mit politischen Maßnahmen - zum Beispiel der Ausweitung der Kurzarbeit - die wirtschaftlichen und sozialen Folgen abgemildert werden können. Darum begründen Globalisierung und Krise auch **keinen Abschied von der Wirtschaftspolitik!** Fortschritt und Innovation bleiben wichtigen gesellschafts-politische Aufgaben. Bremen und Bremerhaven sind Handelsstädte mit Welthafen und Logistikzentrum, aber auch Industriestädte. Auto, Luft- und Raumfahrt, Lebensmittel, Stahl, Elektrotechnik und auch die Zukunftsbranche Windkraft sichern neben handels- und hafenbezogenen Aktivitäten und Dienstleistungen Wertschöpfung und viele tausend Arbeitsplätze in Großunternehmen und im Mittelstand. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten lassen uns nicht davon abbringen, hier aktive **Bestandspflege** zu betreiben und mit gezielter Branchenunterstützung Standortpolitik zu betreiben. Wir werden aber verstärkt den **Strukturwandel** fördern müssen: Qualifikation, Umweltbewusstsein und Mitbestimmung sind hierbei unsere Leitbilder. Wir setzen auf die **Wissenschaftskompetenz** in unseren beiden Städten, auf eine entsprechende **Qualifizierung** der Arbeitnehmerschaft sowie auf innovative und kreative Unternehmen. Die energie- und klimapolitischen Herausforderungen verlangen ein **Miteinander von Ökologie und Ökonomie** - von regenerativen Ansätzen (Windkraft, Elektromobilität) bis zur Stärkung umweltschonender Produktionskreisläufe. Die Entkoppelung von wirtschaftlichem Wachstum und Ressourcenverbrauch ist ein zentrales Ziel unserer Wirtschafts- und Technologiepolitik. Und wir wollen die gemeinsame Verantwortung von ArbeitnehmerInnen und UnternehmerInnen fördern. Nur wenn es den Beschäftigten gut geht, geht es den Unternehmen gut. Uns ist die betriebliche Wirklichkeit wichtig mit all ihren Schwierigkeiten in diesen Zeiten. Das geht nur durch **Mitbestimmung und Kooperation** - betrieblich und in der Gesellschaft!

6. **Lokal-regional-international:** Die größer gewordene Europäische Union und die komplexeren wirtschaftlich-wissenschaftlichen Entwicklung verlangen eine Politik vernetzter Regionen. Mit der Entwicklung der **Metropolregion Bremen/Oldenburg** im Nordwesten und der engeren Zusammenarbeit zwischen Bremen/Bremerhaven und seinen Nachbarn ist darauf in den vergangenen Jahren reagiert worden. Der notwendige Strukturwandel und auch die Entwicklung von Verkehrs-, Naturschutz- und Siedlungsräumen werden sich zukünftig kaum noch an engen Verwaltungsgrenzen orientieren. Deshalb muss das Land **Bremen der Motor für die Zusammenarbeit im Nordwesten** werden: Mit Häfen und Logistik, der Windenergie, in der Wissenschaft, in der Meeresforschung, bei Kultur und Tourismus etc. Diesen Entwicklungen folgen die Institutionen: den Anfang machen die Industrie- und Handelskammern mit ihrem Nordverbund, der jetzt als Elbe-Weser-Region organisierte DGB und die vertraglich fixierte Kooperation der Universität Bremen und Oldenburg. Es wird die Aufgabe der SPD in den nächsten Jahren sein, den institutionellen Überbau in der Region weiter zu entwickeln. Bremen als Hansestadt verfügt darüber hinaus über eine lange Tradition internationaler Kontakte und Vernetzungen. Die Bremer SPD steht für **internationale Solidarität** auch in Zeiten der Globalisierung und Krisen. Wir

engagieren uns für Frieden, für die Einhaltung der Menschenrechte und für faire Arbeitsbedingungen weltweit.

7. Die größte landespolitische Aufgabe der nächsten Jahre ist die **Konsolidierung der Haushalte des Landes und seiner Stadtgemeinden**. Entscheidend wird hierbei die **Stabilität der Einnahmeseite** sein, denn die Fixierung auf Einsparungen wird uns nicht retten. Die Finanz- und Wirtschaftskrise trifft unser Land schon hart genug; die Steuerpolitik der Berliner Rechtskoalition nimmt Bremen ebenso wie vielen anderen Ländern und den Kommunen jegliche Handlungsspielräume. Wer die Selbständigkeit unseres Bundeslandes bewahren will, muss deshalb dieser desaströsen Politik entgegen treten. Daran werden wir auch CDU und FDP in Bremen und Bremerhaven messen: Sie müssen sich entscheiden, ob sie für die **Bremer Selbständigkeit** stehen oder die **Steigbügel für Merkel und Westerwelle** halten wollen! Mit der rot-grünen Koalition werden wir alle vertretbaren Anstrengungen unternehmen, um unsere Pflichten zur Einhaltung der Schuldenbremse zu erfüllen und die Ausgaben schrittweise anpassen. Jeder Sparkurs hat aber dort seine Grenzen wo die Verantwortung für das Gemeinwesen verletzt wird. Die SPD steht für funktionierende Städte und einen starken lokalen Sozialstaat. Wir bekennen uns auch - anders als CDU und FDP - zu unseren gut wirtschaftenden öffentlichen Unternehmen, wie etwa der GEWOBA, der Stäwog und den Hafенbetrieben. Darüber hinaus unterstützen wir die vertretbaren steuer- und abgabepolitischen Anstrengungen die auch landespolitisch zur Einnahmeverbesserung unternommen werden können. Ausdrücklich unterstützt wird die vorgesehene Erhöhung der Grunderwerbssteuer; weitere Anhebungen dieser Art sind - trotz der damit verbundenen Belastungen - ernsthaft zu prüfen. Über die im Rahmen der Föderalismusreform II erreichten Zinshilfen hinaus werden wir politisch daran arbeiten, dass sich Bund und Länder in den nächsten Jahren die wirkliche Tilgung der Altschulden zur Aufgabe machen. Dafür darf Bremen keine Mühen scheuen und muss erneut die föderale Solidarität einfordern.

### III. Unser Weg

8. Fortschritt und Gerechtigkeit gibt es nur in einer **lebendigen Demokratie**. Es ist deshalb gut, dass in den letzten Jahren zahlreiche Reformen auf den Weg gebracht worden sind, die es den Bürgerinnen und Bürgern erleichtern sollen, sich in unserem Land politisch zu engagieren. Zu erwähnen sind unter anderem das neue Wahlrecht für Bürgerschaft und Beiräte, die Erleichterung von Volksbegehren und Volksentscheid, die Ausweitung der Rechte der Beiräte und die Einführung der Öffentlichkeit von Deputationssitzungen. Die SPD muss nun die **Herausforderungen des neuen Wahlrechts** annehmen und mit überzeugenden Inhalten und Personen werben. Wir sind die einzige Partei die schon heute Abgeordnete aus allen Teilen unserer Städte stellt. Diese Verankerung müssen wir nutzen! Wir wissen allerdings, dass Persönlichkeitswahl und institutionelle Reformen alleine nicht genügen, um allen Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land die gleiche Chance auf demokratische Teilhabe zu geben. Es gibt große Unterschiede in der politischen Organisationsfähigkeit zwischen den sozialen Gruppen aber auch zwischen den verschiedenen Stadtteilen. Ein besorgniserregendes Indiz hierfür ist die sehr unterschiedliche Wahlbeteiligung, die sich langfristig zu einer Krise demokratischer

Repräsentation auswachsen könnte. Deshalb hat unsere Politik des gesellschaftlichen Zusammenhalts nicht nur eine wichtige soziale, sondern auch eine wichtige demokratische Funktion: wo es Starke und Schwache gibt zeigt sich, dass Freiheit und Gleichheit einander bedingen. Das eine darf es nicht ohne das andere geben. **Es darf nicht sein, dass Reichtum wählt und Armut resigniert!**

9. Die SPD braucht wieder eine **stärkere Verankerung in der Gesellschaft**. Die notwendige Öffnung soll auch zu einer Verbreiterung der unsere Partei prägenden beruflichen und sozialen Alltagserfahrungen führen. Die Gründung des Gewerkschaftsrats im Jahr 2004 war dafür ein wichtiger Schritt. Dafür müssen wir unsere **Verbindungen in die Gesellschaft** hinein weiter ausbauen und intensivieren: in die Kultur, die Kreativwirtschaft und die Medien, in die Kirchen, die Sportvereine und die sozialen Initiativen hinein. Es ist darüber hinaus besonders unsere Aufgabe den vielen zugewanderten Menschen auch politische Heimat zu geben. Die SPD muss wieder ZuhörerIn, Forum und ImpulsgeberIn für gesellschaftlich relevante Dialoge und Diskussionen in unserem Land werden. Es ist richtig, dass in Bremen die Reihe "Dialog Stadt" wieder auflebt, in Bremerhaven Stadtteilforen von Sozialdemokraten unterstützt werden und Neumitglieder eigene Arbeitsformen erhalten. Auch das Mentoringprogramm für die Beiratspolitik "Mach mit im Stadtteil!" sowie das Mentoringprogramm der Bürgerschaftsfraktion für Frauen unterstützen aktiv die Öffnung unserer Partei. Wichtig ist, dass für politisch interessierte Menschen, die etwas zu unserer Arbeit beizutragen haben, aber nicht oder noch nicht bereit sind, der SPD beizutreten, eine Möglichkeit zur aktiven Mitarbeit geschaffen wird. Kommunikation gehört zu den Kernkompetenzen einer Partei. Sie ist nicht durch externe Aufträge an Agenturen ersetzbar. Eine effektivere innerparteiliche Kommunikation und eine offensivere Öffentlichkeitsarbeit der SPD sind daher dringend notwendig.
10. Im politischen Alltag sind die Gremien der Partei, insbesondere die Parteitage, die zentralen Träger der Willensbildung. Ihre **eigenständige Rolle** gilt es zu stärken - nicht zuletzt auch gegenüber der SPD-Bürgerschaftsfraktion und gegenüber dem Senat. Wir müssen jetzt vor allem unsere **Mitgliederbasis** noch stärker in die **Willensbildung** einbeziehen. Mitglieder wollen entscheiden, nicht nur Beiträge zahlen. Die Mitgliederbefragung im Jahr 2005 zur Nachfolge von Henning Scherf hat gezeigt, wie eine solche demokratische Beteiligung praktisch aussehen kann und welche Mobilisierung und Politisierung ein solcher Prozess auszulösen vermag. Die Kompetenz und das Engagement der Mitglieder der SPD soll zu neuer Wirkung kommen. **Das ist Verpflichtung sozialdemokratischer Politik und gleichzeitig ein wichtiger Baustein für eine starke Partei, die am 22. Mai 2011 die Fortsetzung der rot-grünen Koalition unter der Führung von Bürgermeister Jens Böhrnsen für unsere Freie Hansestadt Bremen erreichen will.**